



# „Brauchen eine Verschweizerung Österreichs“

**INTERVIEW.** Hannes Androsch fordert harte Reformschritte in der Verwaltung.

VON MARTIN KUGLER

„Die Presse“: Von der Konjunkturfrost kommen derzeit sehr unterschiedliche Nachrichten. Wie ist Ihre Einschätzung?

**Hannes Androsch:** Nachdem auch in Österreich die Kernschmelze des Bankwesens verhindert und der Absturz der Wirtschaft abgefangen werden konnte, erleben wir jetzt erfreulicherweise eine leichte Erholung der Weltwirtschaft – auch in Europa, dem Teil mit der geringsten Dynamik. Die positiven Ergebnisse einzelner Wirtschaftssparten sollten aber nicht dazu verleiten, Entwarnung zu geben. Die Erholung ist fragil, dazu kommen andere, längst nicht gebannte Gefahren wie die Schieflage der Staatsfinanzen und die Auswirkungen der demografischen Zeitenwende. Hier sind Sanierungsschritte dringlich erforderlich, aber angesichts der noch immer äußerst glatten ökonomischen Fahrbahn wäre eine Vollbremsung verhängnisvoll. Wir brauchen einen wachstumsfördernden Budgetkonsolidierungspfad.

Wo liegen die größten Gefahren?

**Androsch:** Eine liegt in ihrer Überschätzung der positiven Wirtschaftsmeldungen. Eine weitere ergibt sich aus einer Sanierungspolitik ohne Wachstumsperspektive. Dazu kommt, dass die Menschen verunsichert sind – das kann man auch am starken Anstieg des Goldpreises ablesen. Die Menschen, vor allem die jungen, suchen Perspektiven und eine längerfristige Orientierung. Da ist nicht nur eine große Vertrauenslücke zu schließen.

Ist das Einsparungspotenzial von elf Milliarden Euro, von dem das Wirtschaftsforschungsinstitut und der Rechnungshof reden, erreichbar?

**Androsch:** Die elf Milliarden sind eher die Untergrenze. Es braucht den intelligenten Spagat zwischen zukunftsbezogenen Impulsen und einer das Defizit verringenden Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Stimulierung versus Austerität darf kein Glaubenskrieg sein, notwendig ist eine sozial aus-

gewogene Verbindung von beiden. Für Einsparungen bieten sich zahlreiche Bereiche an, die mehr als nur Babyspeck angesetzt haben. Wir haben keine schlechte Ausgangssituation, wir dürfen aber nicht übersehen, dass in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Sektors immer lauter werdende Sirtaki-Klänge zu hören sind.

Wo hören Sie die?

**Androsch:** Vor allem bei den Ländern, dem Bundesheer, im Gesundheits- und Spitalwesen, bei staatsnahen Unternehmen. Dort herrschen oft Verschwendung, Missbrauch, Ineffizienz. Österreich ist überreguliert, überbürokratisiert und durch viel zu viele Verwaltungsebenen belastet. Dazu kommt, dass wir zu starre Arbeitsmärkte und vor allem im öffentlichen Bereich unzählige Privilegien im Dienstrecht haben. Ein falsch verstandenes, weil verschwenderisches Föderalismusdenken und die übermächtigen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst blockieren die allfällige Staats- und Verwaltungsreform.

Die anziehende Konjunktur verleitet die Politik dazu, keine drastischen Maßnahmen zu beschließen.

**Androsch:** Die Politik leidet nicht an einem Mangel an Optionen, sondern an Übervorsicht und zu vielen Rücksichtnahmen. Außerdem ist die aktuelle Steuerdebatte wenig sinnvoll. Da wir ohnehin ein Höchststeuerland sind, ist eine Steuererhöhung, die Leistungen bestraft, tunlichst zu vermeiden. Warum wir allerdings ringsum die geringste Mineralölsteuer bei sinkendem Treibstoffverbrauch pro 100 Kilometer haben, ist schwer nachvollziehbar.

Die Zukunftsaufgaben werden also Ihrer Meinung nach vertagt?

**Androsch:** Wir verschließen immer noch die Augen davor, dass eine demografische Zeitenwende mit gravierenden Auswirkungen in vielen Bereichen vor der Tür steht: in der Pensionssicherung, bei der Alterspflege, im Gesundheits- und Spitalsbereich, aber auch auf dem Arbeits- und Wohnmarkt. Dafür



Hannes Androsch: „Zahlreiche Bereiche haben mehr als nur Babyspeck angesetzt.“

müssen wir uns neue Modelle überlegen, die auf einer intergenerativen Gerechtigkeit beruhen. Wir können nicht als aktive Generation alles zulasten unserer Kinder und Enkelkinder verkonsumieren und damit ihre Zukunft verspielen.

Ein saniertes Budget wäre dafür sicherlich hilfreich.

**Androsch:** Seit 20 Jahren verschlechtern sich die öffentlichen Haushalte. Wir brauchen eine intelligente Schuldenbremse über den Konjunkturzyklus, wie es die Schweiz eingeführt hat. Wir brauchen eine – im besten Wortsinn – Verschweizerung. Diese hat eine geringere Steuerbelastungsquote, eine niedrigere Schuldenquote und bei schlankerer Verwaltung bessere öffentliche Leistungen. Sie liegt in allen Rankings deutlich vor uns.

Viele Banken präsentierten zuletzt Rekordergebnisse. Geht es ihnen wirklich so gut?

## ZUR PERSON

■ **Hannes Androsch** (geb. 1938) war in den 1970er-Jahren Finanzminister und Vizekanzler (SPÖ), danach CA-Generaldirektor. 1989 wurde er Unternehmer und baute mit der Zeit ein Industrieimperium auf. Daneben bekleidet er viele öffentliche Funktionen: etwa als Universitätsrat in Leoben, im Aufsichtsrat der Fimbag oder des Austrian Institute of Technology.

**Androsch:** Es gibt sehr wohl eine Besserung, die es ihnen erleichtert, Eigenkapital aufzubauen und Staatshilfen zurückzuzahlen. Mit diesen wird die Republik sogar ein Geschäft machen. Die Banken haben aber noch beträchtliche Risiken in den Büchern stehen, die der europäische Stresstest nicht wirklich identifiziert hat. Das Exposure unserer Banken in Ost- und Südosteuropa stellt weiterhin ein großes Risiko dar. Zudem haben wir ein Strukturproblem. Wir haben zu viele Banken und zu viele Filialen. Hier bedarf es einer Konsolidierung. Wir müssen auch davon ausgehen, dass sich die Politik des extrem billigen Geldes der Notenbanken wieder ändern wird. Hier ist ein beträchtliches Bedrohungspotenzial für die Zinslast der öffentlichen Haushalte gegeben, auch da tickt eine Zeitbombe.

Die Banken fürchten sich vor den Vorschriften von Basel III (höhere Kernkapitalquote, Anm.).

**Androsch:** Dass die Banken mehr Eigenmittel haben sollen, ist richtig, ebenso, wie Eigenhandelsgeschäfte einzuschränken und bankähnliche Aktivitäten wie Hedgefonds einer Aufsicht zu unterwerfen sind. Die Bankbilanzen müssen alle Risiken ausweisen, es braucht vernünftigere Bilanzierungsvorschriften. Wenn US-Notenbank-Präsidenten von einer „Jahrhundertkrise“ sprachen, dann sollten wir sie für dieses Jahrhundert hinter uns haben. Eine zweite brauchen wir nicht.

Die Banken schreien aber laut ...

**Androsch:** Die Lautstärke ist kein

Argument. Jammern ist seit den Phöniziern der Gruß der Kaufleute und inzwischen auch der Banker.

Und der Bauern ...

**Androsch:** Sicher auch, wenn etwa die Winzer meinen: Im Winter die Gfria, im Frühjahr ka Blija, im Sommer de Dür' und im Herbst z'wenig Gschirr. Es ist jedenfalls falsch, jetzt alle Schuld und Verantwortung auf die Banken wälzen zu wollen – nach dem Motto: Haltet den Dieb. Für die Krise der Staatsfinanzen und deren Folgen ist die Politik verantwortlich.

Apropos Politik: Man hat den Eindruck, dass nicht mehr die Wirtschaftslage, sondern die Skandale um Haider angebliche Geheimkonten, um die Buwog und die Hypo die Republik in Atem halten.

**Androsch:** Es ist höchste Zeit, dass die Justiz, auch aus der Notwendigkeit politischer und wirtschaftlicher Hygiene, Klarheit schafft und nicht den Eindruck vermittelt, wegzuschauen. Für mich sind diese Skandale Ausfluss des Schlüssel-Haider-Grasser-Systems. Diese trugen uns international den Vorwurf ein, eine Korruptionsoase zu sein.

Ist Österreich in den letzten zehn Jahren wirklich so verkommen?

**Androsch:** Unser Ansehen wurde jedenfalls beschädigt. Dass vieles faul im Staate Österreich ist, hat man die längste Zeit gewusst – und nichts dagegen getan. Man kann nur dem Bundespräsidenten und dem Ex-Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs beipflichten.



## ANDROSCH AUF ÖVP-LINIE

**Interview.** Der ehemalige Finanzminister der SPÖ ist gegen eine Reichensteuer, präferiert dafür aber eine Erhöhung der Mineralölsteuer. **SEITE 16**